

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Nr. 36.

Halle, Donnerstag den 12. Juli 1917.

1. Jahrgang.

Ein neuer Reichszkanzler?

In der Reichstagsmehrheit, die sich im Laufe der letzten Woche gebildet hat, waren von vornherein zwei voneinander verschiedene Strömungen vorhanden, deren Grenze jedoch nicht den Fraktionsgrenzen gleichläuft, sondern quer durch die Parteien hindurch geht.

Die eine dieser beiden Strömungen will das

klare Referendum des Reichstags

zum Verständigungsfrieden und zur inneren freiheitlichen Neuordnung. Dieses politische Programm ist ihr die Hauptache, die Person des Reichszkanzlers ist ihr nebensächlich. Es gibt in ihr ausgesprochene Stützler-freunde, aber auch solche, die sich zur Karole bekennen: „Nicht führen, aber auch nicht führen!“

Die andre Strömung geht vor allem auf die Beteiligung Bethmann-Hollwegs an. Ihre Anhänger sind seine Freunde des Verständigungsfriedens, für die freiheitliche Neuordnung sind sie nicht übermäßig begeistert, sie würden aber heute jede, auch eine parlamentarische, Regierung mit jedem beliebigen Programm lieber am Statuieren sehen, als eben diesen Mann. Ihre Karole ist: „Weg mit Bethmann-Hollweg! Zahlmürrer kann doch nicht nachkommen.“

Selbst die außerhalb der Mehrheitsparteien stehenden Elemente sehen die

Schönung des Reichszkanzlers

nicht ohne Schadenfreude. Er findet an ihnen keine Stütze. Vielleicht geben sie sich der stillen Hoffnung hin, daß nach dem Sturz Bethmann-Hollwegs sehr rasch wieder eine Wendung eintreten könnte, die sie in die Macht zurückbrächte. Allerdings muß man als Kontrastivator schon ein sehr starker Optimist sein, wenn man sich an solche Hoffnungen klammern will. Denn die Zeichen der Zeit deuten auf eine rasche Entwicklung nach vorwärts.

Ob Bethmann bleibt, ob er geht, ist zur Stunde noch ganz ungewiß. Sicher ist, daß er im Reichstag keine Mehrheit hat; aber vielleicht bekommt die Mehrheit ihn. Es ist möglich, daß er auf alle Bedingungen, die ihm gestellt werden, eingeht, um im Amte bleiben zu können. Die Opfer der Ueberzeugung, die er zu diesem Zwecke zu bringen hätte, würden ja auch nicht erheblich sein.

Eine andre Frage ist es, ob die Mehrheit das Geschäft mit Bethmann-Hollweg machen kann. Ein Teil von ihr sagt: wenn der Mann macht, was wir wollen, warum sollen wir ihn nicht behalten? In haben wir doch dann sicher. Wie es mit seinem Nachfolger wird, ist ungewiß.

Ein anderer Teil der Mehrheit meint: Ein

Entweder, nicht!

wie er notwendig geworden ist, ist nicht möglich ohne einen vollständigen Personalwechsel. Das parlamentarische System mit Bethmann-Hollweg als Reichszkanzler ist die Republik mit dem Großherzog an der Spitze. In allen kriegerischen Ländern haben seit Kriegsausbruch die führenden Männer geschworen, der letzte der übrig gebliebenen ist Bethmann-Hollweg, und es kann dem Frieden nur nichtig sein, wenn er auch geht. Die Parteirepräsentanten, die in ein parlamentarisches Ministerium Bethmann-Hollwegs eintraten, wurden damit auch die Erblichkeit der Politik der letzten drei Jahre übernehmen, für die Bethmann verantwortlich gemacht.

So gehen

die Meinungen durcheinander,

und es ist notwendig, zu betonen, daß keine Partei von diesen Meinungsverschiedenheiten betroffen bleibt.

Die Nationalliberalen sind durchgehend an der Spitze. In der Kriegszielefrage sind sie gespalten. Nur eine kleine Gruppe um Hund und Nischhofen wäre geneigt, für die Stundung zu stimmen, auf die sich Sozialdemokraten, Fortschrittler und Zentrum geeinigt haben.

Die Fortschrittler bilden noch immer den Stern der ziemlich kleinen Anhängerschaft des Kanzlers. Aber die fortschrittliche Presse Berlins, „Berliner Tageblatt“ und „Sozialistische Zeitung“, würde ihn gerne verschwinden sehen. Einzelne fortschrittliche Abgeordnete, wie z. B. Seckinger, hegen die gleichen Wünsche.

Das Zentrum steht von drei bis fünf Mann abgesehen, zur vereinbarten Friedensumgebung. Es besteht zum Teil aus entlassenen Kanzlergegnern, zum Teil aus Differenzen, die Bethmann-Hollweg nicht gerade die Treue

geschworen haben und auf sein Verbleiben im Amt kein besonderes Gewicht legen.

Die Sozialdemokraten würden es natürlich am liebsten sehen, wenn ein radikaler Systemwechsel nach links mit dem dazugehörigen Parteienwechsel erfolgen würde. Ob aber eine solche vollständig befriedigende Lösung der Krise erreichbar ist, wird vielfach bezweifelt. Das sonstige Vorgehen des parlamentarischen Teils der Nationalliberalen, vor allem Bethmann wegzubringen, macht manche Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion stutzig. So viel ist ja auch sicher, daß mit Winnen und Gegengewichten gearbeitet wird und daß die Schwerindustrialen immer noch nicht den Versuch aufgeben haben, der Krise eine ihnen günstige Wendung zu geben. Zum Schluß wird es darauf ankommen,

wer der Stärkere ist,

und da soll man als Sozialdemokrat heute nicht ängstlich sein.

Die Sozialdemokratie hat vor dem Kriege den Fehler begangen, ihre Kraft zu überlassen. Die Erkenntnis dieses Fehlers wirkt heute noch nach. Dadurch entfiel die Gefahr, nun in den entgegen gesetzten Fehler zu verfallen. Es gibt freilich niemand in der sozialdemokratischen Fraktion, der sich an die Person des Kanzlers klammert, aber es gibt manche, die an einen Kanzlerwechsel Befürchtungen knüpfen, die durch die geschichtliche Entwicklung doch wohl gegenstandslos geworden sind.

Die Ernennung eines andern Mannes an Bethmann-Hollwegs Stelle würde aller Wahrscheinlichkeit nach eine bedeutende Erleichterung der gesamten Situation mit sich bringen.

Der bisherige Verlauf.

Reichstagsabgeordneter Genosse Keil schreibt uns die folgenden informierenden Zeilen:

Nicht sich in dem Augenblick, in dem ich diese Zeilen schreibe, aus das Ergebnis der großen Krise noch nicht mit voller Sicherheit übersehen, so kann man doch ein Bild vom bisherigen Verlauf der Dinge sehen. Wer mir auf die Fülle der bruchstückhaften, halbvertrauten, erlähnten, kombinierten oder auch erdichteten Nachrichten der Sensationspresse angewiesen ist, dem wird eine solche knappe Darstellung des

inneren Zusammenhangs der Vorgänge

erwünscht sein.

Als die sozialdemokratische Fraktion am 4. Juli zusammentrat, war sie sich darüber einig, daß die Reichstags-sitzung nicht vorübergehen dürfe, ohne eine völlig eindeutige Stellungnahme der Regierung in der Frage der Kriegsziele und ohne bestimmte Garantien in der innerpolitischen Erneuerung zu bringen. Die Fraktion war entschlossen, ihre Entscheidung über die Kreditvorlage unter diesen beiden Gesichtspunkten zu treffen. Zum Zweck einer gründlichen Ausdebatte wurde die Beratung der Kreditvorlage im Plenum des Reichstags am 5. Juli sofort nach der kurzen Einleitungsrede des Reichszkanzlers unterbrochen.

Zeit der letzten Kreditbewilligung Anfang März ist die wichtige neue Tatsache zu verzeichnen, daß die neue russische Regierung sich für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen erklärt hat. Die darauf gegebene Antwort der deutschen Regierung, daß sie auf dieser Grundlage mit Rußland zu einer Verständigung zu kommen hoffe,

war eine Halbheit,

die eher friedenshemmend als friedensfördernd wirkte. Die erhoffte Wirkung konnte und kann nur eintreten, wenn die russische Friedensformel, die bekanntlich die der deutschen Sozialdemokratie seit Beginn des Krieges ist, die Grundlage einer Friedensbereitschaft gegenüber allen gegenwärtigen Mächten bildet. Wärdet die Kriegsziele obhört, so des Reichszkanzlers dieser Annahme nach so nahe kommen, vor entscheidender Bedeutung war, daß jede Unklarheit und Zweideutigkeit beseitigt werden mußte. Die Fortsetzung der innerpolitischen Umgestaltung wurde angesichts unserer politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage

und der Stimmung unsers Volkes mit jedem Tage dringender.

Drei unserer Abgeordneten, Ebert, Rasche und Koch, legten diese Andeutungen im Hauptausschuß mit einer Bucht

dar, die in den notwendigerweise sehr kurzen Presseberichten auch nicht skizzenhaft zu erkennen war. Welche Ansicht der bürgerlichen Abgeordneten vermochten sich der Erkenntnis nicht zu verhehlen, daß unsere Abgeordneten zum Ausdruck brachten, was die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes fühlt, denkt und mit heißer Sehnsucht wünscht. Da der Kanzler dieser Ansicht nicht begehorte, bestahl die Fraktion, ihn durch eine fünfköpfige Vertretung von ihrer Aufzählung der Geisteslage zu unterrichten.

Die Fortschrittler und der Zentrumsführer Erzberger mit seinen Fraktionsanhänger

erkannten rasch die große Tragweite

der Stellung der Sozialdemokratie. Erzberger machte sich die sozialdemokratische Beurteilung der Lage in den Hauptpunkten zu eigen, und seine Fraktion deckte nachträglich sein Vorgehen mit allen gegen drei Stimmen. Auch die Fortschrittler stimmten mit unsern Vertretern überein. Rasch reiste der Entschluß, zu den Fragen der Kriegsziele, der Umgestaltung der Reichsregierung und der preussischen Wahlreform eine klare Willensfindung des Reichstags zu beschließen und die fünftägige Reichsregierung auf diesen Boden festzulegen. Auf die Mitwirkung der Sozialdemokraten war hierbei natürlich nicht zu rechnen. Man war entschlossen, ohne sie den neuen Wege zu beschreiten. Die Nationalliberalen erwarteten zunächst den überstehenden Anfecht, als ob sie geschlossen die Aktion mitmachen wollten.

Um den Kanzler über diese Vorgänge nicht im unklaren zu lassen, beauftragte man sein Erscheinen im Auschuß am 7. und 9. Juli. Seine Reden fanden sich in der gleichsam über Nacht entstandenen neuen Lage noch nicht zurück; er mußte aber unter dem Druck der unabänderlichen Tatsachen sich bemühen, in die vorgezeichneten Bahnen einzulenken. Der Kanzler schenkte auch dem Kaiser und der Obersten Exekutive seinen Respekt ein, worauf die rasche Einberufung des preussischen Kronrats

erfolgte. Unter Preisgabe der des gleiche Landtagswahlrecht abzulehnenen Minister beugte sich der Kronrat den elementaren Zeitverordnungen und stimmte der Einberufung des elfstündigen Reichstags für den preussischen Landtag zu. Inzwischen mußte die politische Debatte im Plenum des Reichstags wiederholt verabschiedet werden.

Eine Komplikation entstand, als die Nationalliberalen am 9. Juli nachmittags zu dem Fraktionsbeschluss kamen, der beabsichtigten Willensfindung des Reichstags in der Frage der Kriegsziele nicht zustimmten, dagegen zunächst die Renneuerung der Kriegsziele einwirklich des Kanzleramts zu verlangen, und von der neuen Regierung zu formulierenden Kriegszielepolitik des Reichstags zu befürworten. Man form gern zugeben, daß es für die Nationalliberalen eine starke Zurechtweisung an ihre Anhänger im Reich ist, völklich alle seit Jahren geübten Eroberungshoffnungen fallen lassen, sich gegen gewalttätige Gebietsveränderungen jeder Art erklären und dazu auch noch künftig sich von Bethmann-Hollweg führen lassen zu sollen. Aber sie können schließlich doch nicht verlangen, dafür nun noch prämiert zu werden, daß sie sich in der Frage der Kriegsziele ohne Rücksicht auf Tatsachen und Möglichkeiten verannt haben.

Dazu ist man im Zentrum, den Fortschrittler und Sozialdemokraten keineswegs geneigt. Diese Parteien halten

entschieden daran fest,

daß die Richtlinien der Zukunftspolitik durch den Willen des Reichstags und nicht durch eine neue Regierung bestimmt werden, an deren Spitze ein Nationalliberaler gemeiner steht. Es war denn auch nicht etwa ein Unklarheiten dieser drei Parteien zurückzuführen, warum der Haupt- und der Verfassungsausschuß des Reichstags am Sonntag des 10. Juli ihre Tätigkeit zunächst einstellten, sondern man wollte lediglich warten, bis der Kanzler Mitteilung von den Ergebnissen der noch nicht abgeschlos-

nen Kronratsberatungen machen kann. Sobald diese Mitteilungen erfolgen, werden mit oder ohne Mitwirkung der Nationalliberalen die Weisfälle gefaßt werden, die sich aus dem Selbstbehaltungstrieb des deutschen Volkes mit Notwendigkeit ergeben. Und diese Weisfälle werden

nicht nur auf dem Papier stehen und sich in ihren Wirkungen nicht auf die Gebiete beschränken, die ihr Wortlaut umfaßt. Wie es der Pflichtstreue der deutschen Arbeiterklasse zu verdanken ist, daß das deutsche Volk die Vereinigungspläne einer gerechteren Lebensarbeit bewußt vermehrte, so wird die deutsche Arbeiterklasse durch eine kluge und gewissenhafte Politik der Welt einen Frieden erkämpfen, der dem deutschen Staatswesen eine freibleibende Zukunft sichert.

Die Folgen der Rußissenarbeit.

Die Verhandlungen des Hauptauschusses sind in der letzten Zeit verhältnißmäßig gewesen. Die sozialdemokratische Presse hat infolge dessen nichts darüber berichtet. Andere Blätter sind weniger zurückhaltend gewesen, haben vielmehr, zum Teil in durchaus irreführender Weise, Mitteilungen gemacht. Die Folge war, daß die Öffentlichkeit sich die wunderlichsten Vorstellungen über die Vorgänge im Hauptauschuß gemacht hat. Was von einer panischen Stimmung gesprochen worden ist, war ebenso verlogen wie die Darstellung, daß die Abgeordneten vollständig den Kopf verloren hätten.

Das Gegenteil ist richtig. Wir hätten nur wünschen können, daß die Abgeordneten länger so klar und unvoreingenommen ihren Willen zum Ausdruck gebracht hätten wie in diesen Tagen. Alle die imhören, von einer kleinen Parteientzengruppe ausgehenden Berichte wären unmaßstäblich gewesen, wenn man öffentlich verhandelt, die Berichterstattung vollkommen freigegeben hätte. Es hat sich im Auschuß nichts abspielt, was nicht vor aller Welt hätte gesagt werden können.

Wenn jemand über den Gang der Dinge zutreffend sein kann, so sind es wir Sozialdemokraten. Unser Vertreter im Hauptauschuß sind es zu gewesen, die durch ihre Ausführungen über das Streikgesetz und die Neuordnung im Innern die Dinge in Fluß gebracht haben, wie der Abgeordnete Erberger im Auschuß ausdrücklich feststellte. Das wird später alle Welt zugeben müssen und entsprechend würdigen.

Was die erdrückende Mehrheit des Ausschusses zum Ausdruck gebracht und die verschiedenen Gruppen der alldeutschen Amerikaner zu weitend gemacht hat, war die Entscheidung Ablehnung, dem Krieg, der nur zur Verteidigung geführt wird, den Charakter eines Eroberungskrieges zu geben. Klar und unzweideutig ist es zutage getreten, daß die erdrückende Mehrheit des Reichstags den Frieden der Verkündung will, der die dauernde Verbesserung der Völker ermöglicht. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsveränderungen unvereinbar und politische oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Nichts steht fest, daß die Mehrheit des Reichstags das parlamentarische System will.

Das sind die Kernpunkte dessen, was im Auschuß verhandelt worden ist.

Drei Strömungen.

Die „Mündener Post“, die sich ebenfalls sehr gegen die Geheimhaltung im Auschuß wendet, unterscheidet nicht nur drei, sondern drei Strömungen. Sie schreibt:

„Unter dem Eindruck der letzten dramatischen Vorgänge im Reichstag haben sich offenbar drei Strömungen gebildet: die erste drängt zu einer sofortigen Demokratisierung der deutschen Staats- und Verwaltungsverhältnisse und zu einem Verständigungsfrieden, die zweite will die Frage der innern Politik ganz beiseite lassen und alle Kräfte auf einen Schwerpunkt der Konzentration, und die dritte macht dem Demokratieverständnis zwar Konzessionen, aber sie will den Frieden militärisch erzwingen. Nur ist die politische Reformdece gleichsam nur Mittel zum Zweck; sie glaubt, durch sie vor allem die kriegerische Leistungsfähigkeit des Volkes heigern zu können.“

Wir bemerken nur, daß die Anhänger dieser Richtung recht mittelmäßige Psychologen sind und nicht im geringsten die Stimmung eines 3 Jahre unter juchendbarem materiellen und geistlichen Druck stehenden Volkes zu beurteilen wissen. Schon unter Kenntnis letzter Richtung vor allem ihre Hoffnung in die Neubekehrung des Reichstagsleiterpersönlich durch einen Militär, der durch die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts und and-

rer Reformen in Brechen eine tatkräftige Kriegsbegeisterung entfiammen und dadurch den Sieg über die Entente erkämpfen soll.

Das Experiment mit einem militärischen Diktator scheint uns mehr als genug zu sein, inwieweit dieser in Preußen-Deutschland kein demokratisches-joziales Kerneff, sondern irgendein blaublütiger General sein wird. Aber im Kampfe gegen eine ganze, mit den größten militärischen und wirtschaftlichen Nachmitteln ausgerüstete Welt würde selbst ein russischer Kollatrium nicht triumphieren.“

Voller Systemwechsel?

Wuß der Reichstagsler gehen?

Die „Postische Zeitung“ meint ja. Sie sagt hinzu, Bethmann-Hollweg habe im Laufe des Dienstag-Nachmittags sein Entlassungsgesuch eingereicht; der Kaiser habe sich die Entschließung noch vorbehalten.

Das „Berliner Tageblatt“, ebenfalls ein fortschrittliches Blatt, meint nein. Bethmann werde nur einige preussische Minister und zwei oder drei Staatssekretäre fallen lassen, er werde sich im übrigen verpflichten, die preussische Wahlreform für den Herbst einzubringen und die Reichsregierung zu parlamentarisieren, das heißt, den Reichstag mehr als bisher an der Führung der Geschäfte zu beteiligen. Das „Berliner Tageblatt“ nimmt dabei an — was dann allerdings richtig wäre —, daß „diese „Parlamentarisierung“ nur sehr entfernt der Neugefaltung ähneln wird, die wir, zur Befestigung der innern Verhältnisse, zur Teilung der Verantwortung und zur Befestigung des Friedensschlusses für notwendig halten.“

Dieser Annahme, zu der die Kenner der bisherigen deutschen inneren Kriege aus alter Erfahrung neigen, wider spricht aber eine Wolff-Meldung, die am Mittwoch mittag an die Presse gegeben wird. Danach hat der Kaiser im Anschluß an den Kronrat vom Montag „in mehrföngiger Beratung die schwebenden Fragen und deren Lösung mit dem Reichstagsler erörtert“. Das war ohnehin bekannt. Das Neue kommt in dem folgenden Satz, wonach auf „Befehl des Kaisers“ der Kronprinz am Mittwoch zur Besprechung der von seinem Vater in Aussicht genommenen Entscheidung in Berlin eintreffen wird. Die Serberufung des Erben würde nicht nötig sein, wenn nicht ein vollständiger Systemwechsel als möglich erdienen wäre. Der Kronprinz soll seine Meinung sagen, wie er sich mit einem solchen abfinden würde.

Dann käme darauf an, ob auch Bethmann sich damit befremden würde. Im bejahenden Falle würde er wohl Aussicht haben, zu bleiben; im verneinenden Falle wäre sein Abgang sicher.

Die Entscheidung darüber dürfte nun, wo auch noch der Kronprinz orientiert werden soll, schließlich schon vom heutigen Mittwoch zu erwarten sein. Der Reichstag wollte heute über die Kreditvorlage beraten. Der Seniorenpent hat die Tagesordnung umgestoßen; es kommt nur ein nebenfächlicher Punkt zur Erörterung, wenn die Klarlegung des Reichstags nicht gleich nach der Eröffnung nicht schon wieder geschlossen wird.

Die Konservativen frontieren dagegen. Nach ihrer durchsichtigen Logik müssen die Kriegsmittel bewilligt werden, wie auch immer die innerpolitische Krise läuft. Die Mehrheitspartei oder halten fest an ihrem Vorhaben, über den neuen 15-Milliarden-Kredit nur mit einer Regierung zu verhandeln, der sie Vertrauen entgegenbringen können.

Neue Beratung der Nationalliberalen.

In einer Beratung, die der interfraktionelle, aus Vertretern der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Fortschrittler und Nationalliberalen bestehende Auschuß des Reichstag Dienstag nachmittag neuerdings wegen des Wortlauts der gemeinsamen Friedensresolution abgehalten hat, wurde auf Wunsch der nationalliberalen Mitglieder des Ausschusses der nationalliberalen Reichstagsfraktion noch einmal Gelegenheit zu neuer Entscheidung gegeben.

Zum Zwecke dieser neuen Entscheidung hatte die nationalliberale Fraktion des Reichstags zu Dienstag um 4 Uhr eine Sitzung anberaumt, die wieder drei Stunden dauerte und ergebnislos auseinanderging. Die beiden Blögel konnten sich mit der Mitte nicht einigen. Angehörig für die Verlegenheitsausflußt gemacht worden sein, den Willigleiden die Bestimmung über den Verständigungsfrieden der Sozialdemokraten und des Zentrums festzustellen. In diesem Falle würde man also erfahren, wie stark nach der Kopfzahl die Innerliberalen unter der nationalliberalen Fraktion vertreten sind. Freiberger, der preussische, bisher recht reaktionäre Führer, ist zu Wassermann, dem deutschen Führer, nach Stiffingen gefahren, um seinen Rat in dieser Wirnis eingeholen.

Ganze Arbeit.

Das „Berliner Tageblatt“ plädiert wie die Sozialdemokratie für ganze Arbeit:

„Wenn die Frage, die uns die meitans wichtigste diant — die Mitbeteiligung des Reichstags an der Regierung — nur in gänzlich ungenügender Form gestellt sein soll, so wird das wohl mit der Haltung der Reichstagsnational liberalen entschieden werden, die, wie gewöhnlich, sich durchdringende Reform beschließen. Diesen Serren kommt es höchstens darauf an, auch ihren Mann oder ihre Männer in ein Regierungsgesamt zu bringen, und wir brauchen nicht zum hundertsten Male zu wiederholen, daß eine solche Ministerweihe, die den einen oder andern Parlamentarier zuteil wird, weder im Innern, noch nach außen irgendeinen Einbruch bedeutet, keine sachliche Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes bedeutet und die Bestimmung, deren Vorhandeln man konstatiert hat, nicht befestigen könnte. Es würde dem Mann im Volke zweifellos sehr gleichgültig sein, wenn er hören würde, der Abgeordnete Y sei nun Minister geworden, und wir wollen nicht gauen, daß ein wirklich unabhängiger empfindender Parlamentarier ein Ministeramt annehmen möchte, das ihm, wie jedem Beamten, o hne Zustimmung des Reichstags wieder entzogen werden würde.“

Die Beteiligung von Parlamentariern an der Regierung hat nur dann einen Wert, wenn diese Regierung dem Parlatente verantwortlich ist, die Ansicht der Parlamentsmehrheit vertritt und in ihrem Wesen nicht von Entschieden, die außerhalb der Volksvertretung allmächtig reifen oder ganz plötzlich gefaßt werden, abhängig ist. Die Reichstagsnationalliberalen, die am weitesten von dieser wirklich parlamentarische Auffassung entfernt sind, haben einwilligen, so auch wieder die Einigung über die Kriegsziele oder Friedensformel bereitet. Man wird hoffentlich recht schnell einsehen, daß mit diesen sämderiduellen Positionen ein nützlich Resultat überhaupt nicht aufzuhe zu bringen ist, daß die Stellung des Reichstags durch sie empfindlich geschwächt wird, und er wird — auch das ist zunächst eine Meinung — ohne diese Elemente vorwärtszuehen.

Dieses ganze Situationsbild ist nicht sehr erhellend und nicht dazu angetan, die Erwartung zu erwecken, daß aus dieser Krisis, der Juli-Krisis, mit einem Saldo eine Neuordnung der Dinge herbeigeführt wird, die das Nach vor neuern innern Kräfte bewahren könnte. Auf der einen Seite die Regierung, die, von der Wahlschicksal abgesehen, starken Lösungen, einer Teilung der Macht und der Verantwortung, vorläufig noch ausweicht, und auf der andern Seite der Reichstag, in dem drei große Parteien, Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokratie, von den besten Absichten beseelt, geschlossen auftreten, die widerstrebende Gruppe in der nationalliberalen Partei aber bei jedem Schritte neue Hindernisse schafft. Man sollte auf beiden Seiten nicht aus den Augen verlieren, daß nach dieser großen Affion ein unbefriedigendes, halbes Ergebnis in hohem Maße enttäuschend und schädlich wirken müßte. Wenn man nicht nach der Juli-Krisis immer wieder neue Kriege, und schließlich erleben will — und wer könnte das in dieser Kriegszug wollen? — dann muß man in der gegenwärtigen Stunde nicht ein Viertelchen, nicht die Hälfte des Notwendigen, sondern das Ganze tun.“

Die Bemerkung des Kronprinzen, die dem „Berliner Tageblatt“ noch unbekannt war, als es diese pessimistische Auffassung die diese Mahnung zu Papier brachte, deutet doch darauf hin, daß die Notwendigkeit, ganze Arbeit zu machen, an der entscheidenden Stelle in den Kreis der Ermüdigungen gezogen wird. Wenigstens vorübergehend wird trotzdem zum Schluß nicht ganze Arbeit gemacht, so wird — darin hat das fortschrittliche Blatt ganz recht — der jetzigen Juli-Krisis eine spätere September-Krisis folgen. Mit Abichlugszahlungen ist heute, wo der Krieg auf Pögel und Seelen brennt, nichts mehr getan. Sie schaden nur. Auch wenn sie noch innen. —

Was der Krieg bringt.

Der Seekrieg.

Besetzt. Der norwegische Dampfer „Sieris“ ist im Kanal versenkt, sechs Mann der Besatzung sind gerettet, 16 werden vermißt. Ferner sind die beiden norwegischen Dampfer „Savbris“ und „All“ auf einer Walfahrtreise für die englische Regierung, mit Kohlen beladen, versenkt worden. — Der „Neuen Zürcher Zeitung“ zufolge mehrer Sonns aus Paris, both in der letzten Juniwoche acht französische Dampfer, wovon die Hälfte über 1000 Tons waren, sowie vier französische Fischerfahrzeuge durch deutsche Tauchboote versenkt wurden. — Der Dampfer der Messageries Maritimes „Galabien“ (4130 Tannen) ist am 30. Juni infolge der Explosion einer Mine oder eines Tauchboots gesunken. Er hatte 131 Personen an Bord, von denen 380 gerettet sind.

Schiffe. Nach dem „Kasseler“ werden folgende Schiffe vermißt, von denen einige bereits gemeldet waren: „Princa“, am 22. März von Hull nach Genua auf dem Wege; „Winter Ulrich“, am 22. März von Baltimore nach Gen abgereist; der amerikanische Schoner „Opium Embr“, am 17. Mai auf dem Meere von der Mannschaft verlassen; „Mabrouka“, am 20. Mai bei Zuluia gesunken; „Steinheim“, am 1. Juli gesunken, die Remontierung in Beirut gesunken; „Lud Roberts“ (1166 Br.-T.) gesunken; „South Wales“ (3668 Br.-Tannen) gesunken; „Gefirra“ (8912 Br.-T.) gesunken; „Nubera“ (4232 Br.-T.) gesunken; „Birdswald“ (4013 Br.-T.) gesunken; „Zong Song“ (2184 Br.-T.) gesunken; „Hofie“ (2348 Br.-T.) gesunken; „Crisans“ (2853 Br.-T.) gesunken; „Grazner“ (1261 Br.-T.) gesunken; „Dialie“ gesunken; „Bliss Glen“ (114 Br.-T.) gesunken und „Gentill“ (58 Br.-T.) gesunken. — Die

holländischen Fischerfahrzeuge „Gabel und Spitzerei“ und „Piet Hein“ wurden von einem deutschen U-Boot versenkt. —

Die deutsche Handelsflotte.

Dem Wunsche des Ausschusses für Handel und Industrie entsprechend, hat die Regierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der sich auf die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte bezieht. Es sollen für die Wiederherstellung Beihilfen geleistet werden; außerdem soll den Schiffbesatzungen, die in einem deutschen

Deutscher Reichstag.

114. Sitzung.

Berlin, 11. Juli, nachmittags 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Ausschusses über

Frage der Äußeren und inneren Politik

und als zweiter Gegenstand die **Areditvorlage**.

Abg. Dr. **Spahn** (Mitt.) beantragt, zur Geschäftsordnung, diese beiden Punkte von der Tagesordnung abzurufen und an ihre Stelle zu setzen den Gesetzentwurf betreffend die Rückgabe für Ostpreußen, und das Gesetz zur Förderung der Schiffahrt.

Abg. **Georg Wehner** (links): Ich habe nichts dagegen, daß Punkt 1 abgerufen wird, bitte aber Punkt 2 auf der Tagesordnung zu belassen. Es erscheint uns erwünscht, in die weitere Beratung der Areditvorlage jetzt einzutreten. Wir glauben, mit der ganz überwiegenden Mehrheit des Hauses darin übereinstimmen, daß die Bewilligung der Areditvorlage nicht von irgendwelchen Bedingungen abhängig gemacht werden kann. Auf der anderen Seite könnte das der Umstand, daß die Verhandlungen jetzt so lange hinausgezogen haben, und wir nun heute wiederum diesen Gegenstand erörtern, die Befriedigung gerechtfertigt erscheinen lassen, daß der Einbruch erwidert wird, als wenn die Verhandlung der Areditvorlage doch von Bedingungen abhängig gemacht wurde. Diese Einbrüche halten wir im Interesse des Landes nicht für erwünscht. (Beifall rechts.)

Abg. **Georg Wehner** (links, Cont.): Da wir grundsätzlich Gegner der Areditvorlage sind, legen wir keinen Wert darauf, daß die vom Abg. Spahn angelegte Frage vom Haus erwidert wird. (Beifall links.)

Abg. **Schubmann** (links): Ich bitte, den Antrag des Herrn Wehner zurückzunehmen. Ich bin außerordentlich unersichtlich, daß Abg. Wehner sich Sorge darum macht, daß es drücken eines solchen Einbruchs dann könnte, wenn wir nun heute nicht abwies, die die politischen Auseinandersetzungen eingeleitet ist, die Areditvorlage bewilligen. Ich habe daraus aufmerksamer, daß heute noch 8 Tagen von meiner Resolution der Antrag gestellt werden ist, in die Beratung der Areditvorlage einzutreten, daß ist der Zeitverlust, mit dem Herr Spahn eingehen beabsichtigt ist und dann auf die dritte Sitzung des Großen Hauses und seiner Freunde beabsichtigt ist, so zu verfahren, wie der Abg. Spahn jetzt vorzuschlagen hat. (Beifall rechts.) Das heißt: das, was Herr Wehner jetzt vorschlägt, ist genau das Gegenteil von dem, was wir unter Berücksichtigung der Sachlage wünschen. Ich bitte, das abzuweisen. (Beifall rechts.)

Abg. **Georg Wehner** (links): Wir stehen allerdings gegenüber der Areditvorlage grundsätzlich auf einem anderen Standpunkt als der Abg. Schubmann und halten es bei einer solchen Vorlage für unmöglich, sie irgendwie zurückzuführen zu können, es man sie annehmen oder ablehnen will, wie die Situation heute ist. Wir haben den Wunsch, daß die Areditvorlage aus dem Gemisch des Einbruchs auf dem Lande so bald als möglich erledigt wird. Aus diesem Wunsch heraus habe ich allerdings vor 8 Tagen dem Bundesrat, der von anderer Seite ausgesprochen wurde, zugestimmt, daß man die Debatte über den Bericht des Ausschusses und über die Areditvorlage vertagen möchte, damit nicht zwei Debatte entstehen. Das ist gegenüber dem Herrn Wehner, der die Areditvorlage, die ich heute vorschlage, daß in längerer Zeit dann die Areditvorlage bewilligt werden könnte. Angewandt in eine Woche ins Land gehen, und dann abstimmen, was inzwischen bekommen worden ist, halten wir es jetzt allerdings für möglich, die Areditvorlage zu erledigen.

Abg. von **Rever** (Rechts): Ich bitte, wenn man schon bei einer Vertagung der Areditvorlage vor 2 Tagen von einem Einbruch auf dem Lande reden kann, so ist es für den Einbruch auf dem Lande ebenfalls viel früher, wenn Herr Wehner nicht seinen Einbruch erhoben hätte. (Beifall rechts.)

Abg. **Georg Wehner** (links): Daß der Bericht über die innere und äußere Politik

und die Areditvorlage gemeinsam erledigt werden, haben wir von Anfang an im Entschlossenheit und hier im Haus als selbstverständlich betrachtet. (Sehr richtig.) Zum drittenmal haben diese beiden Punkte nebeneinander auf der Tagesordnung. Wie der Grund liegt denn nun vor, auf einmal diese Dinge zu trennen? Ja, wenn dem Heide das Geld ausginge, wenn die Kassen morgen geläufig werden müßten, falls wir nicht die Aredit heute bewilligen, dann würde ich das als großes Ärgernis erachten. (Sehr gut!) Wenn es so oft bei dem Antrag Spahn und Wehner mit dieser Debatte so wenig als möglich aus. (Beifall.) Abg. **Werin** (links, D. Reich): Wenn es sich um die Frage handelt, ob man die Bewilligung der Areditvorlage nur auf 2 Tage vertagen möchte, so könnte man darüber streiten. Es handelt sich hier aber darum, ob wir die Areditvorlage von der Tagesordnung abruhen (mit schweiger Stimme), von einer Tagesordnung, auf der sie stehen bleibt. (Große Debatte.) Sie mögen darüber laden (erachte große Mehrheit), man wird sich doch wohl überlegen lassen, weshalb man vor ganz kurzer Zeit diesen Punkt auf der Tagesordnung gestellt hat. (Sehr richtig und Beifall.) Ich kann nicht annehmen, daß mir, wenn es sich um Areditvorlage handelt, in äußere oder innere politische oder wirtschaftliche Gründe prägen müssen. Solange wir Streit führen, müssen wir die notwendigen Aredit bewilligen. Das ganze Volk schaut auf diesen Punkt der Tagesordnung. (Beifall.) Alles andere, was dann gekommen ist, war erst eine Folge davon, das Volk hat zuerst darauf geschaut, daß wir einen Punkt auf der Tagesordnung in dieser Session gestellt haben. Daher müssen wir Stellung dazu nehmen. (Beifall rechts.)

Punkt 1 der Tagesordnung wird hierauf einstimmig, die Areditvorlage gegen die Stimmen der Rechten und der Unabehängigen Sozialdemokraten von der Tagesordnung abgeleitet.

Es folgt die Beschlusse betreffend die

Verlangen, Rückfrage.

Abg. **Werin** (links): Das Gesetz soll ein weiteres Mittel für die Umwandlung in den Krieg bringen. Es will der Rückfrage für deutsche und feindliche Kriegsgenossen dienen, jener Rückfrage, die nicht gerade hoch im Kurs steht. Bei der Tendenz der Vorlage bin ich einverstanden, aber im einzelnen scheinen mir Änderungen nötig; so auch aus § 1 nicht klar hervor, ob Rückfragen durch finanzielle Einrichtungen unter das Gesetz fallen. (Beifall rechts.) Ich bitte, die Rückfrage für feindliche Kriegsgenossen habe ich das größte Bedauern, und daß der allseitig-machende Bundesrat die Angelegenheit der Rückfrage festhalten soll, ändert daran nichts. Ich meine vielmehr, daß die genaue Anwendung dieser Rückfrage in das Gesetz selbst hineingehört. Inwiefern ist mir, weshalb die in den Zeitstand befindlichen Kriegsgenossen die Rückfrage für feindliche Kriegsgenossen unverändert unterteilt werden können. Die Begründung sagt, das würde vom deutschen Volk nicht verstanden werden. Vom deutschen Volk weiß ich, daß dem deutschen Volk aber sehr wohl. (Zustimmung b. d. Log.) Zur weiteren Erörterung der Einzelheiten beantrage ich namens meiner Fraktion die Verbesserung der Vorlage an einer Ausschuß der Rechten.

Abg. **Werin** (Rechts): Ich bitte, die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern übergeben.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über die **Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte**, den die Reichstagen erwidern sollen, die Eigentümern deutscher Kaufmannschaften die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte beizugehen zu werden.

Staatssekretär **Dr. Helfferich**: Die glänzende Entwicklung unserer Handelsflotte in den letzten Jahrzehnten bis zum Ausbruch des Krieges ist bekannt. An Tonnagehalt folgte sie vor dem Krieg unmittelbar hinter der englischen Flotte, im Material stand sie an der ersten Stelle der Welt. Unsere Flotte bildete den Gegenstand der Bewunderung und des Neides für die ganze Welt. Durch den Krieg haben unsere Reedereien schwer gelitten. Von den 5 Millionen Tonnage sind über 2 Millionen entzogen

direkt in feindliche Hand gefallen oder stark gefährdet. Weiter aber waren die Reedereien der Feinde und der Neutralen in der Lage, ungeheure Geschäfte zu machen und ungeheure Gewinne zu erzielen. Unsere Reedereien mußten dagegen große Verluste erdulden, um die im Ausland liegenden Schiffe zu erhalten, ohne entsprechende Gewinne machen zu können. Die sich hieraus ergebenden Konsequenzen liegen auf der Hand. Beim Wiederaufbau der Flotte werden wir auf die Mitwirkung der Reedereien nicht verzichten können und müssen deshalb schon jetzt Vorkehrungen treffen, unsere Reedereien aufrechtzuerhalten und ihnen nach dem Krieg einen neuen raschen Aufschwung zu sichern. Der Umfang der ihnen zu gewährenden Entschädigungen wird von Voraussetzungen wirtschaftlicher und finanzieller Natur abhängen, die wir heute noch nicht übersehen können. Die nach dem Krieg nicht erledigten Geschäfte sind für konstatieren, daß die Reedereien einen möglichst frühem Antritt zur möglichst raschen Wiederherstellung von Schiffen gegen. Deutsche Interkommunikation und deutscher Gemeinnutz haben sich bisher im Frieden und im Krieg stark gezeigt, sie werden sich auch weiter stark zeigen in der Wiederaufbau unserer Flotte. (Beifall.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Am Antrag des Abgeordneten **Dow** (Rechts) wird die Vorlage an den Ausschuss für Handel und Gewerbe verwiesen. Eine Reihe von Petitionen werden ebenfalls erledigt.

Ramit ist die Tagesordnung erledigt. Die Sitzung, welche Schluss des Gesetzes über die Rückfrage für Kriegsgenossen und des Gesetzes betr. die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte, Bericht des Ausschusses für Verbesserungspolitik betr. Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Aus der Parteibewegung.

Die **Leipziger Volkszeitung** für die **U-Boot-Spende**.

Die **Leipziger Volkszeitung**, das Zentralorgan der sogenannten Unabhängigen, der kleine „unabhängige“ Reiches folgend alle nachdrückt, was das große Organ an weitesten Ausfällen gegen die Sozialdemokratie bringt, — dieses selbe Blatt hat es aber kein unentwegt revolutionär-marxistisches Gesinnung gebracht, ein Werbeblatt für die U-Boot-Spende betrogen und so jene tabularen Leser für diese Spende animieren zu lassen.

Auf dem betreffenden Blatt steht es:

Im Entscheidungslampf des deutschen Volkes bedeutet der ungeschickte U-Boot-Krieg einen neuen Abwärts.

Wäre diesem Krieg und äußerster Entschlossenheit nicht das ganze deutsche Volk gemeinsam hinter den Männern, die diese wichtige Sache in untergeordnetem Charakter und mit höchstem Wertung Erfolg gegen den Feind führen.

Diesen Seldem in gleicher Einmütigkeit den Dank abzugeben, ist Pflicht aller Deutschen. In diesem Zweck soll eine U-Boot-Spende als Gabe des ganzen deutschen Volkes dargestellt werden.

Der Ehrenvorsitz haben der Reichstagsler und der Generalsekretär **H. Hinzenberg** übernommen. An unsere Volksgenossen ergeht deshalb die herzliche Bitte, für die U-Boot-Verbindungen und ihre Familien ihr Eiferlein opferwillig darzubringen!

Gelte jeder nach Kräften!

Und auf der Vorbereitung dieses Blattes ist in jüngstem Rückblick sein anderer als — der eifrige Förderer des U-Boot-Kampfes, Großadmiral **v. Tirpitz**, abgebildet, der ganz besondere Grund gerade der **Leipziger Volkszeitung**. Das ist der Vollständigkeit halber nicht vergessen, daß dem Blatt für denauerer Eingabung der wohl erwarteten neuen Spenden gleich eine Jahresgabe angebetet ist: Allgemeine deutsche Areditkassens Nr. 172 Leipzig.

Ja, es ist schwer, seine Entree zu schreiben! —

Ämterliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Ueber das Verbot der Herstellung von Branntwein aus Obst.

Auf Grund des § 1 der Verordnung über die Herstellung von Obst vom 5. August 1916 (Reichs-Gesetzblatt Seite 911) wird bestimmt:

Obst, Obsterzeugnisse aller Art und Rückstände von Obst dürfen gewerbsmäßig zur Branntweinerzeugung nicht verwendet werden.

Wassermengen sind solche Rückstände, die sich gegenwärtig im Zustand nicht eignen und bestimmt in ihrem Erzeugnisgebiet ausschließlich zur Branntweinerzeugung verwendet werden. (Branntwein.)

Wassermengen gelten nicht als Obst im Sinne dieser Verordnung. Die Zerarbeitung von Weintrinken aus Weintrauben regelt sich nach der Verordnung über Weintrinken und Traubenwein vom 3. August 1916 (Reichs-Gesetzblatt Seite 887) und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen vom 31. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1078).

Ausnahmen von dem Verbot des § 1 können von den Landeszentralbehörden oder den von diesen bestimmten Behörden für Obst zugelassen werden, das zum menschlichen Genuss untauglich ist und wegen seiner Beschaffenheit oder aus anderen Gründen zur Herstellung von Branntwein nicht verwendet werden kann, unter den gleichen Voraussetzungen auch für Vortriebszwecke und Rückstände von Obst.

Die Landeszentralbehörden können die gewerbsmäßige Verwendung von Branntwein (§ 1 Absatz 2) zur Branntweinerzeugung befindlichen Vorrichtungen untersagen.

Der Abzug von Obstwasser aus Kellern und Obstweinen vom 24. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzblatt Seite 179) und den auf Grund des § 4 dieser Verordnung von dem Vorstehenden der Reichsbranntweinwerke festgelegten Höchstpreisen, der Abzug abgebrannter Obstweine nach der Verordnung über Zertifikatsmittel vom 5. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1108).

Die Befugnisse bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen verbunden, wenn dem Verbot des § 1 dieser Verordnung nicht nachgekommen wird, wenn dem Obst zur Branntweinerzeugung verwendet oder den auf Grund des § 3 dieser Verordnung von den Landeszentralbehörden erlassenen Vorschriften gubindig.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Die Bekanntmachungen der Reichsstelle für Gemüße und Obst vom 2. September 1916 (Reichs-Gesetzblatt 268 vom 4. September 1916), vom 9. September 1916 (Reichs-Gesetzblatt 214 vom 11. September 1916), vom 9. November 1916 (Reichs-Gesetzblatt 308 vom 10. November 1916), vom 2. Februar 1917 (Reichs-Gesetzblatt 48 vom 2. Februar 1917) und vom 20. Februar 1917 (Reichs-Gesetzblatt 34 vom 24. Februar 1917) treten gleichzeitig außer Kraft.

Reichsstelle für Gemüße und Obst.

Der Vorstehende: v. Tilly.

§ 111 c, den 10. Juli 1917. Der Magistrat.

Bekanntmachung

über den Höchstpreis von Brennstoffen.

Der Preis für solche Brennstoffe, die sich zum Genuss in voltem Zustand nicht eignen und herkömmlich in ihrem Erzeugnisgebiet ausschließlich zur Brennstoffverwertung verwendet werden, darf beim Verkauf durch den Erzeuger nicht mehr als 18 Pf. für das Hund betragen.

Die bei den Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüße und Obst gebildeten Preiskommissionen können für ihr Berichtsbereich einen anderen Erzeugerhöchstpreis bestimmen, der den festgesetzten Höchstpreis nicht um mehr als 10 Prozent übersteigt und nicht mehr als 15 Prozent dahinter zurückbleiben darf.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Berlin, den 5. Juli 1917.

Reichsstelle für Gemüße und Obst.

Der Vorstehende: v. Tilly.

§ 111 c, den 10. Juli 1917. Der Magistrat.

Warnung.

Die Schädlichkeitsmittel in den besetzten Gebieten, besonders des östlichen und südöstlichen Kriegsschauplatzes, sind häufig mit Zinnober und gesundheits-schädlichen Giften behaftet, die durch das Zubereiten und Haltnarmachen des giftigen beim Schmelzen der Diers nicht immer abgetrennt werden.

Der Genuss trichinösen Fleisches sowie der daraus hergestellten Fleischwaren gefährdet die Gesundheit und ruft schwere Erkrankungen (Zinnober usw.) hervor.

Es wird dringend gewarnt, Fleisch oder Fleischwaren von Schweinen aus den genannten Gebieten in ununterschieden oder in nicht völlig ganzem Zustand zu genießen.

§ 111 c, den 16. Juni 1917. Die Polizeiverwaltung.

Olympia-Park

Sonntag nachmittag 4 u. 8 Uhr: Zwei große Konzerte ausgeführt vom Arbeiter-Sängerchor (50 Sänger) und der Orchesterkapelle. § 6 2606a

Kaufe

bei **H. Elkan**

Leipziger Str. 87

Bekanntmachung

betreffend Beschlagsnahme und freiwillige Ablieferung von Einrichtungsgegenständen aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Rotguss, Zinnblei, Bronze).

Unter Bezugnahme auf unsere Ausführungsbestimmungen vom 25. Juni 1917 zur Verordnung des Reichspräsidenten Generalkommandos 4. Art. vom 20. Juni 1917 weisen wir hiermit nachdrücklich darauf hin, daß die beschlaggenommenen Gegenstände in unserer Sammelstelle, Zentrale am Hauptplatz, freiwillig abgeliefert werden können. Die Sammelstelle ist verlagss von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags — außer Sonnabend nachmittags — geöffnet. Die vorzuziehende Verwertung, welche in den einzelnen Volksteilen, in der Zentrale am Hauptplatz und Rathausplatz 10, Zimmer Nr. 22 öffentlich ausbietet, führt die beschlaggenommenen Gegenstände zum Nutzen und enthält im § 3 einen Hinweis über beschlagnahmefreie Einrichtungsgegenstände. Hierzu ist noch bemerkt, daß Zirkuläre, welche zur Bekämpfung des Schloßes dienen, sowie die dazu gehörigen Rollen und Schlüssel nicht unter die Beschlagsnahme fallen. Dasselbe gilt für die Rollen des Treppensicherheits.

Es wird gebeten, mit der Ablieferung möglichst bald zu beginnen. Das die besondere Kenntnis von 1 März pro Kriegsmann nach dem 31. August cr. nicht mehr gegahit wird, mit dem 1. September cr. aber die Meldepflicht entfällt.

§ 111 c, den 10. Juli 1917. Der Magistrat.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsbetrieben, welche Kundentellen eingezahlt haben, werden hierdurch aufgefordert, demnach den 12. Freitag den 13. und Sonnabend den 14. Juli 1917 bei uns ihren gewöhnlichen Großhändlern den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Geld abzugeben.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

§ 111 c, den 11. Juli 1917. Der Magistrat.

Bad Wittekind.

Freitag den 13. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr Kurkonzert ausgeführt vom Stadttheater-Orchester. Zeit: Kapellmeister. Nühren. — Eintrittspreis 35 Pfennig. — 3840

Bad Wittekind

Donnerstag den 11. Juli, nachmittags 8 Uhr Militär-Konzert ausgeführt von der Kapelle des 1. Inf.-Reg. (Feldart.) (V. 81). Eig. Kapellmeister. Eintrittspreis 25 Pf. — 3840

Bad Wittekind

Donnerstag den 11. Juli, nachmittags 8 Uhr Militär-Konzert ausgeführt von der Kapelle des 1. Inf.-Reg. (Feldart.) (V. 81). Eig. Kapellmeister. Eintrittspreis 25 Pf. — 3840

Bad Wittekind

Donnerstag den 11. Juli, nachmittags 8 Uhr Militär-Konzert ausgeführt von der Kapelle des 1. Inf.-Reg. (Feldart.) (V. 81). Eig. Kapellmeister. Eintrittspreis 25 Pf. — 3840

Bad Wittekind

Donnerstag den 11. Juli, nachmittags 8 Uhr Militär-Konzert ausgeführt von der Kapelle des 1. Inf.-Reg. (Feldart.) (V. 81). Eig. Kapellmeister. Eintrittspreis 25 Pf. — 3840

Bad Wittekind

Donnerstag den 11. Juli, nachmittags 8 Uhr Militär-Konzert ausgeführt von der Kapelle des 1. Inf.-Reg. (Feldart.) (V. 81). Eig. Kapellmeister. Eintrittspreis 25 Pf. — 3840

Bad Wittekind

Donnerstag den 11. Juli, nachmittags 8 Uhr Militär-Konzert ausgeführt von der Kapelle des 1. Inf.-Reg. (Feldart.) (V. 81). Eig. Kapellmeister. Eintrittspreis 25 Pf. — 3840

Bad Wittekind

Donnerstag den 11. Juli, nachmittags 8 Uhr Militär-Konzert ausgeführt von der Kapelle des 1. Inf.-Reg. (Feldart.) (V. 81). Eig. Kapellmeister. Eintrittspreis 25 Pf. — 3840

Bad Wittekind

Donnerstag den 11. Juli, nachmittags 8 Uhr Militär-Konzert ausgeführt von der Kapelle des 1. Inf.-Reg. (Feldart.) (V. 81). Eig. Kapellmeister. Eintrittspreis 25 Pf. — 3840

